
825/J XXV. GP

Eingelangt am 25.02.2014

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Josef A. Riemer
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
betreffend psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz

Die Zahl der Fehltage wegen psychischer Erkrankungen ist einem Langzeit-Vergleich zufolge drastisch gestiegen. Laut Statistiken stieg die Anzahl der Fehltage aufgrund Psychostörungen seit dem Jahr 2000 um ca. 60 Prozent.

Laut Österreichischem Bundesverband für Psychotherapie (ÖBVP) sind über 1,5 Millionen Österreicher Burn-out-gefährdet. Vor allem die Leistungsträger zwischen 35 und 45 Jahren sind betroffen. Leidet ein Mitarbeiter unter Angstzuständen sind Führungsqualitäten beim Vorgesetzten und eine gute medizinische Behandlung gefragt. Für das Burn-out-Syndrom gibt es keine Standardtherapie, die Behandlung muss sich daher an den individuellen Beschwerden und dem persönlichen Hintergrund des Patienten orientieren.

Seit 1. Jänner 2013 gilt in Österreich ein überarbeitetes ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (kurz ASchG). Dieses Gesetz soll helfen die aktuell hohe Anzahl von psychischen Belastungen am Arbeitsplatz und psychisch bedingten Krankenständen zu reduzieren. Die Wichtigkeit von psychischen Gesundheitsfaktoren wurde vom Gesetzgeber stärker betont und im selben Atemzug Arbeitspsychologen stärker im Gesetz verankert.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz folgende

Anfrage

1. Wie viele psychische Erkrankungen bei Arbeitnehmern gab es in den Jahren 2010 bis 2013?
Bitte um Aufstellung nach den einzelnen Jahren!

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

2. Wie viele psychische Erkrankungen bei Arbeitgebern gab es in den Jahren 2010 bis 2013?
Bitte um Aufstellung nach den einzelnen Jahren!
3. Wie hoch waren die Kosten für die Behandlung von psychischen Erkrankungen in den Jahren 2010 bis 2013 für die Krankenkassen?
Bitte um Aufstellung nach den einzelnen Jahren!
4. Konnte mit den ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG) die Anzahl der psychischen Erkrankungen von Arbeitnehmer reduziert werden?
5. Sind seitens Ihres Ressorts weitere Maßnahmen zur Reduzierung von psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz geplant?
6. Falls ja, welche?
7. Falls nein, wieso nicht?